

Die drei Säulen des nationalen Meeres.

Am Montag hielt Dr. Hugenberg eine Rede, in welcher er sich mit der NSDAP. auseinandersetzte. Der deutschnationale Parteiführer erklärte u. a.: Die nationale Opposition besteht aus drei Heeres Säulen, aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den Wählern Hindenburgs, die gegen das System sind. Bevor es nun wieder losgeht, müssen einige Dinge zwischen den verschiedenen Heeres Säulen der Nationalen Opposition ganz klar ausgesprochen werden.

Hugenberg bezeichnete als den Grundgedanken für Harzburg: die gemeinsame Abwehr einer schlechten, die Opposition gewalttätig unterdrückenden Regierungspolitik, parlamentarischer Sturz der Regierung und gemeinsame Bildung eines nationalen Kabinetts.

Dieses Ziel wurde, so fuhr der Redner fort, nicht erreicht. Was an Zwischenfällen folgte, sei übergegangen. Denn wir wollen uns nicht zweifeln verleihen, sondern für die Zukunft klare Bahnen schaffen. Über Brüning soll, als er über die Rechte ähnlicher Vorparlamentarier unterrichtet wurde, gemeint haben, daß er unter diesen Umständen ruhig schlafen gehen könne.

Hugenberg ging dann näher auf die politischen Geschehnisse zwischen Harzburg und der Präsidentenwahl ein, und erklärte dann:

Brüning hat nicht unrecht, wenn er uns kürzlich mit hohen Worten hinwies, daß man auch der Klugheit bedürfe, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten. Er hat tageweise um sich und sein System geiztet. Zur Klugheit gehört auch Mäßigung. Man konnte und kann bei der heutigen Gesamtlage nicht erwarten, daß der Generalstabschef v. Hindenburg alle eigentlichen Oppositionen in die Hände einer einzelnen Partei legt, insbesondere also auch die mühsam aufgebaute und aufrechterhaltene Reichswehr.

Wenn die Nationalsozialisten alle Oppositionen in ihrer Hand, in der Hand ihrer Partei oder Bewegung vereinigen wollen — eine Sache, die es bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Ländern gegeben hat, ich sage absichtlich nicht deutschen, sondern germanischen Ländern —, so sage ich ihnen vorher, daß sie um dieses Ziel das Blut ihrer Besten vergeblich versprechen werden, und daß sie insbesondere mit „Legalität“ nie zu diesem Ziele kommen werden. Was sich dagegen zusammenballt, wird immer stärker sein als sie.

lamenten getragen werde. Wenn also die Zentrumspartei an der Verrückung der Geschäftsordnung mitgewirkt habe, so sei das keine „Opium“ für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines geschäftsführenden Ministeriums. Die Zentrumspartei stehe heute frei und ohne jede Bindung (!) im preußischen Wahlkampf und werde gleichfalls ohne jede politische Bindung im neu gewählten Landtag erscheinen. Dort werde sie nüchtern und veranimatorisch bewußt aus dem Ergebnis der Wahlen ihre Konsequenzen ziehen. Das Zentrum habe sich weder an die gegenwärtige Koalition gebunden, noch seine Entscheidungsfreiheit nach rechts irgendwo aufgegeben. — Der Abend spricht von einem „Schuß gegen reaktionäre kommunistische Schiedungen“. Der politische Sinn des Beschlusses sei, die Kommunisten im kommenden Landtag zu einer positiven Stellungnahme zu zwingen. Eine Rechtsregierung werde jetzt nur möglich sein, wenn die Kommunisten ihre zu einer Mehrheit verhelfen würden. — Das Berl. Tagebl. schreibt: Spät, wenn auch nicht zu spät, hat sich die preußische Regierungskoalition entschlossen, jene undemokratische Geschäftsordnungsbestimmung zu beseitigen, die eine Minderheitsregierung ermöglicht hätte. — Die Post, 3. 4. nennt es fraglich, ob tatsächliche Erwägungen auf Seiten der Regierungskoalition nicht überwiegend gegen die Verrückung sprechen müßten. Wenn die gegenwärtige Regierungskoalition auch nicht damit rechnen könne, im kommenden Landtag über die absolute Mehrheit zu verfügen, so sei es doch wahrscheinlich, daß sie den zahlenmäßig stärksten Block bilden werde. Die Geschäftsordnung hätte ihr dann die Möglichkeit gegeben, mit relativer Mehrheit aus ihren Reihen den neuen Ministerpräsidenten zu stellen. Diese Chance hat sie durch den heutigen Landtagsbeschluss aus der Hand gegeben.

Strafantrag Hitlers gegen Braun.

München, 13. April. Die Reichsleitung der NSDAP. teilt mit, daß Hitler den Rechtsanwalt Dr. Frank II beauftragt hat, gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolge landesverräterische Absichten.

Schwarzarbeit „gemeinschädlich“.

Berlin, 12. April. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat die gewerbliche Schwarzarbeit als gemeinschädlich anerkannt. Notwendig sei Klärungstätigkeit über die Schädlichkeit der Schwarzarbeit. Ferner sei ein allgemein durchzuführendes tarifliches Verbot der Schwarzarbeit für Arbeiter und Angestellte sowie der Erlaß von Bestimmungen notwendig, die sich gegen die Ausübung von entsprechender Nebenstätigkeit durch Beamte wenden.

Der Memelkonflikt.

Haag, 12. April. Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben durch Vermittlung ihrer höchsten Gesandtschaften den Memelkonflikt beim Ständigen Internationalen Gerichtshof anhängig gemacht. Sie haben dies in Form einer gegen die litauische Regierung gerichteten Klage getan, die sich auf Artikel 17 der zwischen den genannten fünf Regierungen vom 8. Mai 1924 in Paris abgeschlossenen Memelkonvention bezieht. In ihrer Klageschrift führen die erwähnten vier Regierungen die Absetzung des Präsidenten des Memeldirektoriums, Böttcher, die Ernennung eines von Simaitis präsierten neuen Direktoriums sowie die Aufhebung des Memellandes an. Diese Taten, so wird betont, verletzen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage, ob sie in Einklang mit dem der Memelkonvention angefügten Statut des Memellandes stehen.

Guayaquil, 12. April. Der Aufstand in Ecuador ist niedergeworfen. Auf Seiten der Aufständischen wurden vier Mann getötet und 16 verletzt.

Es ist eine traurige Woge, daß ich den Nationalsozialisten die Reichstanzlerstelle hätte streitig machen wollen. Ich habe vielmehr wiederholt betont, daß ich mir bei der gegenwärtigen Sachlage ohne dies Zugeständnis keine Möglichkeit einer vernünftigen Verständigung vorstellen konnte. Ich habe andererseits selbstverständlich den Standpunkt festgehalten, daß sich ein neues Kabinett den Systemwechsel klar müsse erkennen lassen und daher nicht mit den beiden Namen Groener und Brüning belastet sein dürfe.

Die Millionen, die von der Nationalen Opposition die Rettung Deutschlands erwarten, müssen und sollen ganz sicher sein, daß die Nationale Opposition eine gute und richtige Politik führen wird. Dafür haften jeder Teil. Darum mache ich mein „So geht es nicht“ frühzeitig und laut geltend, damit die Hoffenden im Lande darüber beruhigt sind: es wird dafür gesorgt, daß ihre Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Hugenberg schloß mit den Worten: Die Reichspräsidentenwahl mit ihrem dunklen Millionen-Aufwande ist vorbei. Es kommt jetzt nicht mehr darauf an, ob jemand für Hitler oder Hindenburg gestimmt hat. Klar steht das Ziel der Preußenwahl vor uns: Deutschnationale und Nationalsozialisten müssen die Mehrheit des Preußischen Landtages erreichen — nur das gewährleistet, daß ohne Umkehr und Unruhe die nationale Idee und die wirtschaftliche Vernunft zur Herrschaft gelangen. Die Gewähr dafür, daß neben der nationalen Idee, die über alles geht, die wirtschaftliche Vernunft in Deutschland herrschen wird, können nur wir Deutschnationale bieten. Dazu müssen wir stark werden.“

„Nationale Front deutscher Stände“

Zusammenkunft bürgerlicher Parteien.

Berlin, 12. April. Graf Westarp entwickelte heute in einer Pressebesprechung das Programm der „Nationalen Front deutscher Stände“, die sich aus der Wirtschaftspartei, dem Deutschen Landvolk und der jungen Rechten gebildet hat. Die nationale Front solle der Kern zu einem späteren größeren Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien in Stadt und Land sein. Der Kampf richte sich vor allem gegen die Herrschaft der Sozialdemokratie in Preußen. Preußen müsse von dem Absolutismus jeder Parteiherrschaft befreit werden. Das Zentrum müsse von der Sozialdemokratie losgelöst werden.

Das Reichskabinett berät den neuen Haushalt.

Berlin, 12. April. Das Reichskabinett ist heute zusammengesessen, um vor der bevorstehenden Abreise des Reichszanzlers nach Genf eine Reihe von finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehen sich besonders um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Die Vorarbeiten für den neuen Etat sind so weit gefördert, daß jetzt eine Entscheidung über die endgültige Gestaltung getroffen werden kann. Sie wird weniger die Einnahmeseite betreffen, da diese im wesentlichen durch die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums bestimmt ist. In erster Linie hat man sich mit der Ausgaben-seite beschäftigt, die beherrscht wird von dem Problem der Fürsorge für die Arbeitslosen. Hierbei stehen drei Aufgaben im Vordergrund: Der Umbau der Arbeitslosenfürsorge, die damit unmittelbar zusammenhängende Sanierung der Gemeindefinanzen und die Arbeitsbeschaffung. Ein festumrissener Entwurf zur Frage der Arbeitsbeschaffung liegt noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dreierlei Grundzüge ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Trophem sind die unabhängigen Ressorts betriebl. Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereiche des Möglichen liegt. Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beachtlichen Ausgestaltung der Arbeitsdienstpfllicht erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf spruchreif sein werden.

Berlin, 12. April. Das Gesamtdesizit im Reichshaushalt errechnet sich für Ende Februar auf 1.130,3 Millionen RM.

Verlängerung des 500-Millionen-Kredits.

Berlin, 12. April. Die Verhandlungen über die Verlängerung des 125-Millionen-Dollar-Kredits, den das Reich im Oktober 1930 von einem internationalen Bankensyndikat erhalten hat, stehen vor dem Abschluß. Der Kredit soll bis zum 10. November 1933 verlängert werden. Die Prolongation erfolgt mit der Maßgabe, daß im Juli d. J. 12½ Prozent des ursprünglichen Betrages, gleich etwa 15,5 Millionen Dollar, getilgt werden.

Der erste Börsentag nach 7 Monaten.

Sehr schwaches Geschäft. Ruinierte Kurse.

Nach siebenmonatiger Pause sind gestern die Börsen in Berlin und an anderen Plätzen wieder eröffnet worden. Der erste Börsentag brachte ein kleines Geschäft bei sehr schwacher Stimmung. Allgemein fällt auf, daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl nicht eine bessere Wirkung auf die Kursgestaltung gehabt hat. Waren es doch die der Börse nahe stehenden Kreise, welche sich mit an erster Stelle für das bisherige System eingesetzt hatten. Der Kurszettel zeigte, soweit überhaupt Notierungen stattgefunden haben, Verwüstungen auf, wie sie schlimmer kaum gedacht werden können.

Der Konzern der Devilschieber.

Berlin, 12. April. Die Zollfahndungsstelle beim Landesfinanzamt ist polnischen Devilschiebern auf die Spur gekommen. Zwei von ihnen, die „Bankiers“ Raj und Hirschfeld, konnten festgenommen werden, während ein Dritter, ein gleichfalls aus Polen stammender Makler Gerzner, geflüchtet ist. Es besteht die Vermutung, daß er Devissen und Wertpapiere im Werte von etwa 600.000 Mark mitgenommen hat. Gegen ein viertes Mitglied der Bande, den Juwelier Weiskobler, der in der Tauengienstraße gewohnt hat, ist ein Strafverfahren anhängig.

„Graf Zeppelin“ von der Südamerikafahrt zurück.

Friedrichshafen, 13. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien, von seiner 2. Südamerikafahrt zurückkommend, um 8.11 Uhr über dem Wertfeldlande, um 8.22 Uhr war die Landung glatt vollzogen. An Bord des Luftschiffes befanden sich elf Passagiere. Trotz teilweise sehr starken Gegenwindes hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt.

Die Finanzlage der Donauländer.

Genf, 12. April. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um zu dem Bericht des Finanzausschusses über die Finanzlage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands Stellung zu nehmen. Der Bericht des Finanzausschusses ist von besonderer Bedeutung, da er sich nicht auf die Klarstellung der finanziellen Lage der betroffenen Länder beschränkt. Er stellt vielmehr mit allem Nachdruck fest, daß eine dauerhafte Hilfe für diese Länder nicht zu erwarten ist, solange die großen Probleme, Reparationen und politische Schulden, nicht gelöst werden, eine Tatsache, die der Berichterstatter, der norwegische Gesandte in Paris, Colban, unterstrich. Er erklärte aber auch, daß er nicht in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern daß er es dem Rat überlasse, die entsprechenden Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen.

Herriot hebt weiter.

Paris, 12. April. Der Führer der Radikalen Partei, Herriot, hielt heute in Lyon eine durch Rundfunk verbreitete Wahlrede, in der er sagte, man müsse bedauern, daß die im Dawes-Plan vorgesehene Kontrolle über Deutschland aufgehört habe; die Lausanner Konferenz werde sich besonders gefühlvoll anlassen, weil Frankreich auf alle Fragen die für Frankreich notwendigen Kompensationen fehlten. In der Schuldenfrage sei Frankreich den Vereinigten Staaten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Zunahme der englischen Ausfuhr.

London, 12. April. Die englischen Außenhandelsziffern vom Monat März, dem ersten Monat nach Einführung des allgemeinen zehnprozentigen Einfuhrzolles, weisen einen erheblichen Rückgang der Einfuhr und eine Zunahme der Ausfuhr auf. Die Einfuhr betrug 61,12 Millionen Pfund gegen 70,2 Millionen im Februar. Die Ausfuhr belief sich auf 31,2 Millionen und hat damit um 1,2 Millionen gegenüber Februar zugenommen. Den stärksten Rückgang erfuhr die Einfuhr von Fertigwaren.

Hoovers Kampf gegen die Krise.

Washington, 12. April. Hoover will eine neue Konferenz mit den Parteiführern, Industriellen und Finanzleuten einberufen. Diese Konferenz soll sich mit der Beratung von Maßnahmen gegen die Krise in Amerika beschäftigen. Hoover teilte heute mit, daß durch eine Reorganisation des Verwaltungsapparates wenigstens 200 Millionen Dollar jährlich eingespart werden sollen.

Fast zwei Milliarden Dollar Defizit.

Washington, 12. April. Das Defizit im Staatshaushalt erreichte am 9. April nahezu zwei Milliarden Dollar. Der Präsident der New Yorker Börse erklärte vor dem Bankauschuß des Senats, die Wertpapiere hätten in den letzten zwei bis drei Wochen an der New Yorker Börse rund sechs Milliarden Dollar ihres Kurswertes eingebüßt.

Wünsche des Mandatsgebiets Südwesafrika

Windhuk, 12. April. Eine am 23. März zusammengetretene Landeskonferenz sämtlicher Parteien Südwesafrikas hatte anerkannt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Notlage nur durch engere Zusammenarbeit aller Bewohner des Landes erzielt werden und daß eine solche Zusammenarbeit, besonders mit der starken deutschen Minderheit, nur durch die Erfüllung ihrer seit langem erstrebten Wünsche erreicht werden könne. Die Landeskonferenz beschloß, durch eine gemeinsame Abordnung die Erfüllung dieser Wünsche bei der Unionsregierung zu beantragen. Die Verhandlungen fanden vom 5.—8. April in Kapstadt statt und führten zu der Aussage an die Abordnung, durch Parlamentsakt die Anerkennung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache in Südwesafrika, die automatische Einbürgerung der bis Ende 1931 nach Südwesafrika Zugewanderten und die Herabsetzung der Einbürgerungsfrei von jetzt 5 auf 2 Jahre herbeizuführen.

Berlin, 12. April. Der Reichspräsident hat den Generalkonsul in Sidney, Dr. Hans Büsing, zum Gesandten in Helsinki ernannt.

Berlin, 12. April. Der Reichsminister des Innern erläßt folgenden Dank: Die Wahl des Reichspräsidenten hat 44 Millionen deutsche Männer und Frauen zweimal zur Ausübung ihres höchsten staatsbürgerlichen Rechts aufgerufen. Vorbereitung und Durchführung der Wahl wie Ermittlung des Wahlergebnisses haben an Organisationsgeschick und Arbeitskraft der Behörden in Stadt und Land sowie die Arbeitsfreudigkeit der Wahlvorstände höchste Anforderungen gestellt. Dem Schutz der Wahlfreiheit hat die Polizei in bewährter Pflichttreue gedient. Ich spreche allen beteiligten Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und den zahlreichen in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätigen gewesenen Männern und Frauen Dank und Anerkennung aus.

Rom, 12. April. Der Unterstaatssekretär für Weldebungen teilt mit, daß das faschistische Jugendwerk noch dem 31. März 1932 2,5 Millionen eingeschriebene Mitglieder, also 1,1 Millionen mehr als im Vorjahre zähle.

Paris, 12. April. Nach einer Havasmeldung ist auf den ehemaligen Präsidenten des Griechischen Staates, Subhi Barakat, ein Anschlag verübt worden. Ein unbekannter Täter versuchte auf der Straße, Subhi Barakat durch Messerschläge und Revolverkugeln zu töten. Subhi Barakat blieb jedoch unverletzt, zwei Begleiter wurden verwundet. Der Täter wurde durch einen Revolverchuß niedergestreckt.